

Ressort: Vermischtes

Studie: "Abwrackprämie" für Heizungen wäre teurer als EEG-Umlage

Berlin, 19.09.2013, 15:35 Uhr

GDN - Das von der Politik diskutierte Prämien-Modell zur Förderung von Gebäude- und Heizungssanierungen würde eine Familie mit zwei Kindern mit monatlich 24 Euro belasten: Die sogenannte "Abwrackprämie für Heizungen" würde damit die private Energierechnung sogar stärker belasten als die EEG-Umlage zur Förderung von Ökostrom. Das geht aus einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) im Auftrag der Mineralölwirtschaft hervor, die der "Welt" vorliegt.

Das unter anderem im Erfahrungsbericht zum "Erneuerbare-Energien Wärme-Gesetz" diskutierte Konzept sieht vor, Heizöl- und Gasgroßhändler zu einer Prämienzahlung pro Verbrauchseinheit zu verpflichten, um ein rund sechs Milliarden Euro teures Förderprogramm für Gebäude- und Heizungssanierungen finanzieren zu können. Die Brennstoffhändler sollen ihre Kosten dann nach EEG-Vorbild auf die Endverbraucher umlegen dürfen. Mit einer Sanierungsquote des deutschen Häuserbestandes von rund ein Prozent pro Jahr droht die Bundesregierung ihre selbstgesteckten klimapolitischen Ziele zu verfehlen. Gemäß dem Energiekonzept der Bundesregierung soll der deutsche Häuserbestand bis 2050 nahezu auf klimaneutralen Standard saniert werden. Um die nötige Verdoppelung der Sanierungsquote zu erreichen, schlägt unter anderem auch die Heinrich-Böll-Stiftung eine Umlagefinanzierung nach dem Vorbild des Erneuerbare-Energien-Gesetzes vor: "In der Wissenschaft besteht große Einigkeit, dass die Schaffung eines Instruments zur haushaltsunabhängigen und verbesserten Finanzierung von Effizienzmaßnahmen oder der Integration von erneuerbaren Energien im Wärmesektor erforderlich ist", heißt es in einem Positionspapier der Stiftung. Dafür eigne sich am ehesten eine "Umlage". Im Auftrag des Instituts für Wärme und Oeltechnik (IWO) und mehrerer Mineralölwirtschaftsverbände hat das Institut der deutschen Wirtschaft untersucht, wie stark der Heizöl- und Gasverbrauch belastet werden müsste, um hieraus das gewünschte, rund 6,2 Milliarden Euro teure Förderprogramm für Haus- und Heizungssanierung finanzieren zu können. Nach den IW-Berechnungen würde dies eine Wärmeumlage von 1,82 Cent pro Kilowattstunde Wärmeenergie nötig machen. "Familien mit zwei Kindern würden im Durchschnitt mit mehr als 24 Euro pro Monat belastet", heißt es im Ergebnis der Untersuchung: "Die Belastung wäre für betroffene Haushalte schon zum Start höher als die EEG-Umlage im Jahre 2013." Derzeit zahlt ein Durchschnittshaushalt rund 15 Euro pro Monat EEG-Umlage zur Förderung von Ökostrom. Das IW Köln zieht das Fazit, dass "die Förderung der energetischen Sanierung und erneuerbarer Energien im Gebäubebereich durch die Einführung einer verbrauchsabhängigen Umlage auf Erdgas und Heizöl nicht empfehlenswert ist, da sie zu sozialpolitisch kritischen Effekten führt und sich außerhalb der parlamentarischen Kontrolle bewegt".

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-22038/studie-abwrackpraemie-fuer-heizungen-waere-teurer-als-eeeg-umlage.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA

(702) 943.0321 Local

(702) 943.0233 Facsimile

info@unitedpressassociation.org

info@gna24.com

www.gna24.com